

Lehrer, Landwirte und Konsumenten

Die öffentliche Landtagssitzung vom 11. und 12. September 2002 im Überblick

In der ersten Sitzung des Landtags nach der Sommerpause werden sich die Diskussionen auch um das neue Dienstrecht für die Lehrkräfte an den öffentlichen Schulen Liechtensteins, die Förderung der Landwirtschaft, die Niederlassung von Rechtsanwälten und um den Schutz der Konsumenten drehen.

Die öffentliche Landtagssitzung vom Mittwoch und Donnerstag, 11. und 12. September 2002, umfasst insgesamt 23 Traktandenpunkte. Nachstehend eine Zusammenfassung der anstehenden Geschäfte:

- Genehmigung der Protokolle der Landtagssitzungen vom 15./16. Mai und vom 19./20./21. Juni 2002.
- Initiative zur Subventionierung von Leichtmotorfahrzeugen für den Personenverkehr (2. Lesung): Wie bereits bei den Elektrofahrzeugen und -scootern soll nun auch der Kauf von Elektrofahrzeugen mit max 2000 Franken unterstützt werden.



Am 11. und 12. September treffen sich die Abgeordneten zur ersten Arbeitssitzung nach der Sommerpause. Insgesamt 23 Geschäfte stehen zur Behandlung an. (Bild: Paul Trummer)

sung: Im Zentrum der umzusetzenden EU-Richtlinie steht die Verminderung des «Systemrisikos» der genannten Zahlungssysteme. Neben diesem Spezialgesetz sind Anpassungen der Konkursordnung, des Nachlassvertragsgesetzes sowie des Bankengesetzes notwendig.

- Abänderung des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches vom 1. Juni 1811 (1. Lesung): Die ins nationale Recht umzusetzende EU-Richtlinie zu bestimmten Aspekten des Verbrauchergüterkaufs soll den Verbrauchern einheitliche Mindestrechte im Falle einer unzulänglichen Vertragsausführung zusichern.
- Schaffung eines Konsumentenschutzgesetzes (1. Lesung): Die vielen Bestimmungen zum Verbraucherrecht, die heute noch verstreut in diversen Gesetzen zu finden sind, sollen nun in einem übersichtlichen und leicht handhabbaren Gesetz zusammengefasst werden. (mü)

ANZEIGE

Raumplanung. Die Chance Liechtensteins



«Ich halte das Raumplanungsgesetz für eine sachgerechte Lösung, die der vielfachen Beanspruchung unseres Lebensraums mit ihren Konflikten Rechnung trägt. Es geht sparsam mit dem Boden und dem Raum um und nimmt auf die Erfordernisse der Zukunft Rücksicht.»

Herbert Wille, Balzers

27./29.9.02

JA

www.raumplanung.li

- Interpellationsbeantwortung zur allgemeinen Verkehrspolitik: In ihrem Bericht zeigt die Regierung zahlreiche verkehrspolitische Projekte und Ziele auf, die im Sinne der Nachhaltigkeit umgesetzt werden sollen. So befindet sich vor allem ein «Jahrhundert-Projekt» für den möglichen Bau eines alternativen Verkehrsmittels in einer fortschreitenden Evaluationsphase.
- Interpellationsbeantwortung zum Letzetunnel: Die Regierung untermauert in ihrer Stellungnahme die klare Ablehnung des Vorarlberger Projekts, sofern dieses Mehrverkehr für Liechtenstein mit sich bringt. Zudem werden die Interventionsmöglichkeiten aufgezeigt, die im Laufe der Projektierungsphase ausgeschöpft werden könnten.
- Neubestellung des Aufsichtsrats für die AHV/IV/FAK-Anstalten.
- Wahl des 3. Senates für das Obergericht.
- Nachtragskredite: Die vierte Sammelvorlage für das laufende Jahr umfasst sieben Nachtragskredite und zwei Kreditüberschreitungen mit einem zusätzlichen Volumen von 3,435 Mio. Franken. Rund 2,1 Mio. Franken entfallen dabei auf den Spitalbereich.
- Ergänzungskredit von 313 000 Franken für die Erweiterung der Neubearbeitung des Werkes «Die Kunstdenkmäler des Fürstentums Liechtenstein» von Erwin Poeschel: Aufgrund des vorhandenen Materials drängt sich eine Ausweitung von einem auf zwei Bände auf.
- Ausrichtung eines Sonderbeitrags von 1 Prozent der versicherten Besoldungen des Staatspersonals an die Pensionsversicherung für das Staatspersonal pro 2002: Die ungünstige

Börsenentwicklung hatte eine markante Abnahme des Deckungsgrades zur Folge, weshalb nun – gestützt auf die Finanzierungsgarantie – ein Sonderbeitrag des Landes von rund 1,1 Mio. Franken erforderlich wird.

- Totalrevision des Muster- und Modellgesetzes (neu: Designgesetz) – 2. Lesung: Ziel der Revision ist es, einen zeitgemässen Designschutz zu ermöglichen, der den veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung trägt. Designs sind heute wichtige Marketinginstrumente.

• Jahresbericht 2001 der liechtensteinischen Delegation bei der Interparlamentarischen Union IPU.

- Abkommen zur Terrorismusbekämpfung: Liechtenstein will vier weiteren internationalen Abkommen im Bereich der Terrorismusbekämpfung beitreten. Es handelt sich dabei um das Übereinkommen zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge, das Übereinkommen über die Markierung von Plastiksprengstoffen zum Zweck des Aufspürens, das Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt sowie das zugehörige Protokoll.

• Niederlassungsrichtlinie – «Niederlassung von Rechtsanwälten im EWR»: Die Gesetzesvorlagen beschäftigen sich einerseits mit der Umsetzung der EU-Richtlinie, die zur weiteren Harmonisierung des Rechtsanwaltsberufes in Europa beiträgt, und andererseits mit Begleitmassnahmen zur Sicherung des hohen Qualitätsstandards für in Liechtenstein tätige Rechtsanwälte und Treuhänder.

- Wirtschaftermittler-Stelle: Für die Ausschreibung eines Kriminalbeamten

mit Erfahrung in Wirtschaftsermittlung soll auf das Erfordernis der Staatsbürgerschaft verzichtet werden, nachdem dieser auf dem inländischen Stellenmarkt nicht rekrutiert werden konnte. Mittelfristig soll die Einheit der Landespolizei (EWOK) aus fünf inländischen und fünf ausländischen Fachkräften bestehen.

- Neufassung des Lehrerdienstgesetzes (1. Lesung): Mit dem neuen Dienstrecht für die Lehrkräfte soll vor allem die Teilzeitarbeit besser gestellt werden. Ausserdem sollen die Kindergärtnerinnen wie die Lehrpersonen an den Primarschulen Angestellte des Landes werden. Die Kompetenzen der Gemeindebehörden werden klarer als bisher geregelt.

• Agrarpaket 2001 (1. Lesung): Im Zuge des Agrarpakets 2001 sollen Regelungen in verschiedenen Bereichen der Agrarpolitik angepasst werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft im Vergleich zur Schweiz zu sichern. Aber auch aufgrund eigener Bedürfnisse der liechtensteinischen Landwirte ergibt sich Handlungsbedarf.

- Gesetz über elektronische Signaturen (Signaturgesetz) – 1. Lesung: Die Vorlage bezweckt, ein breites Angebot an sicheren Diensten im Zusammenhang mit der elektronischen Zertifizierung zu fördern, die Verwendung und die rechtliche Anerkennung der digitalen Signaturen zu begünstigen und die internationale Anerkennung der Anbieter von Zertifizierungsdiensten zu ermöglichen.

• Gesetz über die Wirksamkeit von Abrechnungen in Zahlungs- sowie Wertpapierliefer- und -abrechnungssystemen (Finalitätsgesetz) – 1. Le-

ANZEIGE

Raumplanung. Die Chance Liechtensteins



«Die letzten Jahre haben zu so vielen Sachzwängen geführt, dass es für Raumplanung eigentlich schon fünf nach zwölf ist. Dennoch ist das Raumplanungsgesetz für mich die letzte Chance für eine nachhaltige Entwicklung, bei der Lebensraum und Wirtschaft im Einklang stehen und Grundwerte unserer Landschaft erhalten werden können.»

Sebastian Frommelt, Filmschaffender, Schaan

27./29.9.02

JA

www.raumplanung.li

ANZEIGE

Informationen zur Verfassungsdiskussion auf der neuen Website des Fürstenhauses

www.fuerstenhaus.li